

**SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag**  
**Gegen Sozialkahlschlag  
& Lohnraub!**



Berlin, 3. April: über 250.000 demonstrieren gegen die Kahlschlagspolitik



**13. Juni**

**Wut & Widerstand  
in die Bürgerschaft!**

**Aktiv werden! Mitmachen!**  
**SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag wählen!**

**SAV** Sozialistische  
**Alternative**

**Info: 0381 499 65 90 oder [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)**

# Gemeinsam gegen Sozialkahltschlag & Lohnraub



Die Herrschenden ziehen uns das Geld aus der Tasche. Egal ob Gesundheit oder Bildung, egal ob Arbeitszeit oder Rente – nichts ist sicher vor den Angriffen der Regierungen in Bund oder Land. Doch gleichzeitig wächst auch die Wut und der

Widerstand der Betroffenen. Hunderttausende haben bei bundesweiten Protesten und Demonstrationen ihr Nein zum Sozialkahltschlag und Lohnraub bekundet. Auch auf lokaler Ebene neh-

men die Proteste zu. In M/V und Rostock protestierten Studierende, Schüler/innen und Lehrer/innen gegen Bildungskürzungen oder Eltern gegen die Verschlechterungen für die Kitas.

Die Sozialistische Alternative – SAV unterstützt diese Proteste und ist aktiv beteiligt. Wir lehnen es ab, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer! Damit sich die Betroffenen zusammen schließen können und der Widerstand noch größer wird, hat die SAV unter anderem im Herbst 2003 in Rostock die Initiative zur Gründung des „**Bündnis gegen Sozialkahltschlag**“ ergriffen. Dieses Bündnis organisierte unter anderem am 21. Februar eine Demonstration mit 2.000 Beteiligten gegen die soziale Politik in Bund, Land und Kommune.

## Wut und Widerstand in die Bürgerschaft

Bei der Kommunalwahl am 13. Juni in Rostock ist es an der Zeit, die Wut und den Widerstand auch endlich ins Rostocker Rathaus zu tragen. Lange genug haben wir die Wahlversprechungen der etablierten Parteien und den Filz unter Pöker ertragen müssen.

Deshalb kandidieren Aktivisten des Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Mitglieder der SAV zur Bürgerschaftswahl als **SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag**. Wir haben uns zusammen-

geschlossen, um der unsozialen Politik etwas entgegen zu setzen, die Proteste außerhalb des Parlaments zu unterstützen und bei den Wahlen eine Alternative anzubieten. Wir treten nicht zur Wahl an, weil wir denken, dass dies soziale Proteste ersetzen könnte. Aber wir meinen, dass es wichtig ist, dass die große Mehrheit der Beschäftigten und Arbeitslosen, der Jugendlichen und Rentner/innen wieder mit einer Stimme in der Bürgerschaft vertreten sein sollte.

## Bringt Wählen denn überhaupt etwas???

Viele denken, dass es keinen Sinn macht, überhaupt zur Wahl zu gehen. Doch diesmal gibt es mit der **SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag** eine Alternative zum Einheitsbrei der Etablierten! Bei uns kandidieren Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche, die alle aktiv gegen Sozialkahltschlag und Kürzungspolitik sind. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten verpflichten sich als Abgeordnete in der Bürgerschaft jede Kürzung abzulehnen und sind jederzeit rechenschaftspflichtig. Bei dieser Wahl gibt es – auch aufgrund des Wegfallen

der Fünf-Prozent-Hürde – die Chance, den Kürzungsparteien die Rote Karte zu zeigen! Also – Deine Stimme für die **SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag**! Aber es stimmt auch, dass es nicht ausreicht, sein Kreuz bei der Wahl zu machen. Wenn sich etwas ändern soll, müssen wir schon selbst aktiv werden. Wir verbinden den Protest gegen die Probleme heute mit dem Kampf für eine Gesellschaft, in der es nicht um Profite sondern die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt geht.

**MENSCHEN STATT PROFITE!**

**Deshalb: AKTIV werden – bei der SAV mitmachen – den Wahlkampf unterstützen und SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag wählen!**

## In Rostock gehen die Lichter aus...

Die Bilanz seit der letzten Kommunalwahl ist verheerend. Die **Arbeitslosigkeit** liegt bei 18,6 Prozent. Die **Sanierung der Schulen** ist noch lange nicht abgeschlossen. Auch in diesem Jahr sind für jede der insgesamt 58 Schulen durchschnittlich gerade mal 210.000 Euro da – während für die Durchführung der Segelweltmeisterschaft 2007 rund vier Millionen und als Sonderzuschuss für den IGA-Schuldenberg 3,5 Millionen Euro ausgegeben werden.

Die **Fahrpreise** für den Öffentlichen Personennahverkehr sind im Februar diesen Jahres schon wieder gestiegen, **Jugendclubs** schließen – wie zum Beispiel die „Dance Boutique“ in Toitenwinkel. Die Vielfalt der **Ausbildungsberufe** bei der Stadt wurde reduziert. 4.100 Euro spart die Stadt dabei – auf Kosten der Jugend. Doch nicht nur die Zukunftsperspektiven wer-

den immer düsterer – auch auf den Straßen Rostocks geht das Licht aus. Die **Strassenbeleuchtung** wird nachts abgeschaltet, so dass sich gerade Mädchen und Frauen bald nirgends mehr hintrauen kön-

nen. 700 **Arbeitsplätze** von 3.032 Stellen (lt. Haushaltsplan) sollen im Öffentlichen Dienst gestrichen werden. Bei **Wohlfahrtsverbänden** werden die Mittel ab 2006 in Höhe von 20 Prozent gekürzt. **Sportvereine, Schwimmbäder**, das städtische **Konservatorium** oder die **Volks-hochschule** mussten die Beiträge erhöhen, weil die Stadt die Zuschüsse kürzt.



## Politiker gehen auf Dummenfang

Die größten Schweinereien aber haben sich die Damen und Herren im Rathaus für die Zeit nach der Wahl aufgehoben. Bei der Volkshochschule, dem Konservatorium, dem Theater und bei allen städtischen Museen soll die Betreiberform verändert werden. Dies ist nichts anderes als der erste Schritt in Richtung Privatisierung. Doch wir haben die Nase voll vom Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Was haben wir zum Beispiel vom Verkauf des Rostocker Ha-

fens? Ein Filetstück wurde zum Spottpreis weg gegeben, hunderte Arbeitsplätze abgebaut und dann wundern sich die „Herrschaften“ über die leeren Kassen in der Stadt. Aber auch vor den städtischen Wahrzeichen wird nicht halt gemacht. Kröpitor oder Barocksaal gehen wohl bald an den Meistbietenden, bei den Bibliotheken soll eine Gebühr her und die Zuwendungen an Vereine und Verbände sollen noch einmal gekürzt werden.

## Gegen den Einheitsbrei von SPDPDSCDUB90FDP

Begründet werden diese Maßnahmen mit dem hohen Schuldenberg. Die Stadt hat insgesamt Schulden in Höhe von 106 Millionen Euro und muss in diesem Jahr allein 17 Millionen Zinsen an die Banken zahlen. Und die Lösungsansätze der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien lauten erneut: weiterer Stellenabbau und weitere Kürzungen.

Egal welche der Parteien – sie alle kennen nur einen Weg: Abwälzen der Krise auf uns. Von CDU, SPD oder FDP erwarten wir nichts anderes. Das sind Parteien der Unternehmer...

Die PDS dagegen nennt sich sozial. Doch wer vor fünf Jahren noch die Hoffnung hatte, die PDS

würde andere Politik machen, der hat sich ordentlich getäuscht. Egal ob in Rostock, MV oder Berlin – überall, wo die PDS in der Regierungsverantwortung ist, trägt sie Kürzungen und Stellenabbau mit. Die Regierungsvertreter in MV stimmen für den Abbau von 2.000 Stellen im Land, die Bürgerschaftsmitglieder in Rostock für 700 Stellenstreichungen in der Kommune. Im Land beschließen PDS-Abgeordnete Bildungskürzungen, in der Kommune Mittelstreichungen für Soziales.

Das Argument, damit würde Schlimmeres verhindert, tröstet keine entlassene Verwaltungsangestellte oder deren Kinder.

**Täglich wird von Politikern gepredigt, dass kein Geld da sei, wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und nun der Gürtel enger geschnallt werden muss. Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen, denn wir wissen:**



**Christine Lehnert, 25 J.**  
Reiseverkehrskauffrau, ver.di-Mitglied, SAV-Sprecherin  
Listenzplatz 1

Prozent auf 42 Prozent (im Jahr 2005) gesenkt. Damit spart ein Einkommensmillionär monatlich 8.800 Euro im Vergleich zu 1998. Bei solch einer Politik ist es kein Wunder, dass dem Staat

## **Geld ist genug da – nur in den falschen Händen!**

Die öffentlichen Kassen sind nicht leer, weil die Beschäftigten oder Jugendlichen verschwenderisch waren. Vielmehr liegt es an den Steuergeschenken, die der Bund der Wirtschaft und den Superreichen macht. Allein durch die Steuerreform gab es in den Jahren 2001/2002 insgesamt 30 Milliarden weniger Steuereinnahmen. Nun wurde auch noch der Spitzensteuersatz von 48,5

Gelder fehlen. Durch geringere Zuweisungen aus Berlin und Schwerin werden dann die Lasten auf die Kommunen abgewälzt.

Doch selbst das Geld, was in den Städten vorhanden ist, wird nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung ausgegeben. Millionen für Zinsen an die Banken oder einen Yachthafen für die Reichen, aber immer weniger Gelder für die Kindertagesstätten, Schulen oder Kultur. Die Prioritäten in der Kommune sind alles andere als in unserem Sinne. Auch die Privatisierungspolitik von SPD, PDS oder CDU führt zu immer weniger Geld in der Stadt. Wer öffentliches Eigentum verkauft, hat zwar einmalig eine kleines Sümmchen, aber keine konstante Einnahmequelle. Dazu kommen negative Auswirkungen wie Entlassungen oder Serviceabbau. Wirtschaft in Privathand zielt eben nur auf Profit ab. Die Interessen der normalen Leute sind egal.

## **Sind uns wirklich die Hände gebunden?**

Auch wenn die großen Entscheidungen sicher nicht in Rostock getroffen werden, haben wir trotzdem die Möglichkeit auf kommunaler Ebene Veränderungen zu erreichen.

Dafür ist eine sofortige Veränderung der Prioritäten nötig. Keine Politik für die Banken und Konzerne, keine Privatisierungen oder Prestigeobjekte sondern Handeln im Sinne der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung. Wenn das dafür nötige Geld nicht in der Rathaus-Kasse ist, dann muss der Kampf um die Gelder geführt werden. Schließlich ist Deutschland ein reiches Land und genügend Geld vorhanden. Die 250 reichsten Deutschen besitzen allein 300 Milliarden Euro Gesamtvermögen.

Wir müssen ran an die Profite der Banken und Konzerne! Also Schluss mit den Kürzungshaushalten. Wir fordern einen bedarfsgerechten Haushalt und die Mobilisierung der Bevölkerung für dessen Umsetzung. Wenn wir gemeinsam mit anderen Kommunen den Kampf führen, können wir erfolgreich sein.

**Es geht auch anders!**

### **Sozialistischer Stadtrat in Liverpool**

Die britische Stadt Liverpool zeigte von 1984-87, wie auf kommunaler Ebene Politik im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung gemacht werden kann. Damals stellten die Mitglieder von Militant (Schwesterorganisation der SAV in Britannien) die Mehrheit des Stadtrates.

Sie sorgten dafür, dass 5.000 neue Wohnungen gebaut wurden und 12.000 neue Jobs in der kommunalen Bauwirtschaft entstanden. Der Mindestlohn der städtischen Beschäftigten wurde erhöht, die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich reduziert. Der sozialistische Stadtrat mobilisierte Beschäftigte und Arbeitslose für diese Politik. Durch Demos und Streiks konnten zusätzliche Gelder von der Zentralregierung erkämpft werden.

# Arbeit und Ausbildung für alle!

Offiziell leben in Rostock 31.614 Arbeitslose, davon 2.815 unter 25 Jahre. Jedes Jahr bleiben hunderte Jugendliche ohne Lehrstelle. Mit den geplanten Stellenstreichungen in der Stadtverwaltung oder bei NORDEX und der Schließung der Ausbildungswerkstatt bei Siemens wird sich die Situation bei Arbeit und Ausbildung erneut verschlechtern. Statt Arbeitslose zu Sündenböcken

zu machen und mit den Hartz-Gesetzen massenhaft in Zwangsarbeit und Armut zu treiben, brauchen wir den Kampf um jeden alten und für neue Arbeitsplätze.



## Wir fordern:

**Nein zum Abbau von 700 Arbeitsplätzen in der Stadt Rostock bis 2010!**

**Rücknahme der Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld!**

**Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung! Als ersten Schritt 35-Stunden bei vollem Lohn- und Personalgleich, hin zur 30 Stunden Woche!**

**Gleicher Lohn in Ost und West!**

**Mindestsicherung von 750 Euro plus Warmmiete**

**Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Umwelt und Gesundheit**

**Lothar Mietke, 52 J.** arbeitsloser Fahrlehrer, aktiv im Bündnis gegen Sozialkassenschlag Listenerplatz 5

# Ausbildung – Der Jugend eine Zukunft!

Obwohl immer betont wird, dass die Jugend die Zukunft ist, wird gern und oft gerade da gekürzt. Die Stadt reduziert die Ausbildungsvielfalt und die privaten Wirtschaft stellt immer weniger Azubis ein. Oder die Unternehmer kassieren öffentliche Fördergelder für Azubis und nutzen oftmals die Auszubildenden als billige Arbeitskraft aus. Diejenigen, die eine Lehrstelle ergattern, stehen danach ohne Job da, wie die Post- oder Telekom-Azubis, denn eine Übernahme gibt's immer seltener.

## Wir fordern:

**Nein zum Abbau von Ausbildungsplätzen und Ausbildungsberufen**

**Kampf um den Erhalt der Siemens Ausbildungswerkstatt in Rostock**

**Für jeden und jede einen qualifizierten Ausbildungsplatz nach Wahl**

**Einführung einer Ausbildungsquote von 10 Prozent (gemessen an der Zahl der Beschäftigten), erfüllen die Unternehmen diese Ausbildungsquote nicht, müssen sie eine Ausbildungsabgabe von 20.000 Euro pro nichteingestelltem Azubi für zusätzliche Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst zahlen**

**Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf für alle Azubis**

## Nein zu Agenda 2010, Hartz & Gesundheitsreform!

Die Herrschenden haben die größten Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme seit dem zweiten Weltkrieg gestartet. Was als notwendige "Reform" (bedeutet eigentlich Verbesserung) verkauft wird, ist in Wahrheit nur gedacht, die Krise des Kapitalismus auf uns abzuwälzen.

Mit Demonstrationen allein werden wir den Kahlschlag nicht stoppen. Notwendig sind betriebliche Aktionen und Streiks, denn das trifft die Wirtschaftsbesse dort, wo es schmerzt – nämlich beim Profit. Die SAV fordert als Antwort auf den Generalangriff die Ausweitung der bundesweiten Bewegung und flächendeckende Streiks bis hin zu einem eintägigen Generalstreik.

# Bildung ist ein Recht – kein Privileg!

Gerade mal 210.000 Euro hat die Stadt pro Schule für deren Sanierung übrig. Neben maroden Gebäuden und mangelhafter Ausstattung wird durch die SPD/PDS-Landesregierung auch an der Qualität gespart. Erhöhung der Klassenstärke an Gymnasien, Einführung einer zusätzlichen Prüfung und den Lehrer/innen wird noch mehr Arbeitszeit aufgebürdet statt neues Personal einzustellen. Auch bei den Hochschulen und Unis im Land wird gekürzt. 225 Stellen sollen abgebaut werden, in Rostock wird der ganze Studiengang Slawistik geschlossen.

Dabei ist doch spätestens nach PISA und den vielen Vorfällen von Gewalt an Schulen klar, dass dringend eine Investitionsoffensive in die Bildung nötig ist und die Lernbedingungen für Schüler/innen und Studierende verbessert werden müssen.

**Wir fordern:**

**Sofortige Sanierung und bessere Ausstattung aller öffentlichen Schulen in Rostock!**

**Nein zu den Bildungskürzungen an Schulen und Hochschulen in MV, d.h. kein Stellenabbau, keine Fachbereichsschließung usw.**

**Reduzierung der Klassenstärken auf eine Klassenstärke von 15 Schüler/innen**

**Einstellung neuer und junger Lehrer/innen**

**Nein zu Studiengebühren! Nein zu Elitebildung!**

**Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafög**



## Interview mit Linda Schütz

**Frage: Weshalb kandidierst du zur Kommunalwahl?**

Ich kandidiere, weil man niemanden von den etablierten Parteien mehr wählen kann. Bei den kleinen Leuten wird gekürzt, im speziellen bei uns Jugendlichen. Bei der Schulsanierung tut sich nix und Jugendclubs werden dicht gemacht. Da muss sich endlich was ändern!

hat das Bündnis „Jugend gegen Krieg“ mit Unterstützung der SAV rund 10.000 Schüler/innen in Rostock zum Streik am Tag X (Beginn des Krieges gegen den Irak) mobilisiert, obwohl es von einigen Direktoren mächtig Druck gab.

**Frage: Wie kann in der Bürgerschaft für Jugendliche etwas erreicht werden?**

Es wäre schon mal super, wenn überhaupt ein „normaler“ Jugendlicher in der Bürgerschaft sitzen und die Interessen von jungen Leuten vertreten würde. Aber dadurch wird sich noch nix Grundlegendes ändern. Wichtig ist, dass Jugendliche außerhalb der Bürgerschaft für ihre Sachen kämpfen, etwa wenn ein Jugendclub geschlossen werden soll. Wir brauchen aber auch eine eigene linke Jugendorganisation, deshalb bin auch bei widerstand international (wi!) dabei.

Alle, die Lust haben, eine linke Jugendorganisation aufzubauen, können ja mal rumkommen. Wir treffen uns immer freitags um 18 Uhr in der Ökovilla. Infos gibt's auch unter 0173 – 88 11 613.

**Linda Schütz, 24 J.**  
Sozialhilfeempfängerin  
Mitorganisatorin des  
Schülerstreiks gegen  
den Irak-Krieg und  
Mitglied von wider-  
stand international!  
und SAV  
Listenplatz 4

**Frage: Ist es nicht eher untypisch, dass junge Leute sich für Politik interessieren?**

Nein, das sehe ich nicht so. Natürlich interessiert niemanden, was die Politiker labern. Die sind eh in der Regel 40-50 Jahre älter als wir und sprechen ne Sprache, die kein normaler Jugendlicher versteht. Aber viele junge Leute sind sehr politisch. In der Antikriegsbewegung zum Beispiel

## Soziales und Kultur auf dem Abstellgleis???

In Rostock wurde durch die Bürgerschaft schon in den letzten Jahren der Geldhahn für Soziales und Kultur immer weiter zuge dreht. Sporteinrichtungen und soziale Vereine müssen mit weniger Mitteln auskommen. Alle Kindertagesstätten wurden von der Stadt an freie Träger übergeben, und jetzt veränderte die SPD/PDS-Landesregierung die Kostenrechnungen für Kitas, so dass Kommunen und Eltern höher belastet werden. Nach und nach wird eine Freizeiteinrichtung nach der anderen geschlossen – zum Beispiel die Dance Boutique in Toitenwinkel, die Probierwerkstatt in Evershagen oder der Club 81 im Lindenpark. Derzeit kursiert ein bislang nicht öffentliches Konzept umher, welches in jedem Stadtteil nur noch ein

**Wir fordern:**  
**Rücknahme der Sozialkürzungen der Rostocker Bürgerschaft**  
**Mehr Geld für Soziales und Kultur – statt für Großprojekte!**

Begegnungszentrum mit angeschlossenen Jugendclub erhalten will. Dies bedeutet weitere Schließungen und ein schlechteres Freizeit-Angebot für uns alle!

Wir fordern statt dessen mehr Geld für Soziales, Sport und Kultur. Wenn sich Rostock keinen Breitensport leisten kann, dann können wir uns keine Olympiabewerbung für eine viertel Million leisten!



**Jürgen Meyn, 46 J.**  
arbeitsloser Vermessungstechniker, ver.di-Mitglied, aktiv im Bündnis gegen Sozialkahlschlag  
Listenplatz 3

**Keine Einführung von Bibliotheksgebühren**  
**Wiedereröffnung aller geschlossenen Jugendclubs und Sozialeinrichtungen**

## Gleiche Rechte für alle! Nein zu Rassismus und Nazis!



**Marén Wiese, 25 J.**  
ehem. Studentin, jetzt in Weiterbildung, GEW-Mitglied, aktiv bei der SAV  
Listenplatz 6

erinnern, als an ein neues zu Hause. Auch wichtige Angebote wie Sprachkurse für Nichtdeutsche sind von Kürzungen betroffen.

In den Stadtteilen werden Ausländer/innen, linke Jugendliche oder Andersdenke von Faschos angemacht oder angegriffen. Und wenn Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen

Auch wenn die Stadtoberen sich gern multikulturell geben: in Rostock gelten nach wie vor keine gleichen Rechte für die hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass. Viele Asylbewerber werden immer noch isoliert in Heimen untergebracht, die eher ans Gefängnis

Nazi-Aufmärsche protestieren, werden sie von der Polizei als Randalierer bezeichnet und so behandelt. Die Stadtoberen verhalten sich dabei heuchlerisch. Sie reden davon, dass ihnen die Hände gebunden seien. Doch die Stadt müsste neben den verwaltungsrechtlichen Schritten vor allem die Rostocker Bevölkerung mobilisieren, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Denn Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

**Wir fordern:**  
**Keine Kürzungen bei Projekten mit Menschen ohne deutschen Pass**  
**Wahlrecht und gleiche Recht für alle hier lebenden Menschen**  
**Kein Fußbreit den Faschisten statt dessen Massen-Mobilisierung gegen Nazi-aufmärsche durch Gewerkschaften und antifaschistische Organisationen**  
**keine Abschiebung von ausländischen Menschen in dieser Stadt und anderswo**

# Gegen Korruption, Filz & abgehobene Politiker!



**Jan Hoppe, 32 J.**  
Seemann/Steward,  
ver.di-Mitglied,  
aktiv bei der SAV  
Listenplatz 8

Mit unserer Kandidatur richten wir uns gegen die Politik der etablierten Parteien. Sie vertreten die Unternehmer, Wirtschafts- und Geschäftswelt, die eh schon genügend Geld haben. Unsere Kandidatur ist für diejenigen und mit denjenigen, die bisher nicht gehört wurden – obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung sind.

Wir sind normale Kolleginnen, Kollegen oder Arbeitslose, jung oder älter – so wie du und ich. Wir treten für unsere Interessen ein, für die Interessen der normalen Leute, gegen die „da oben“.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten verpflichteten sich, alle Kürzungspläne der Bürgerschaft abzulehnen. Wir verbinden unsere Arbeit in der Bürgerschaft oder anderen politischen Ämtern mit den sozialen Protesten auf der Straße, im Betrieb oder Stadtteil.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten verpflichten sich auch, sich durch politische Arbeit nicht zu bereichern. Unsere Finanzeinnahmen legen wir offen und führen alles, was nicht zur Abdeckung tatsächlicher Kosten dient, an die Bewegung oder **SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag** ab.

Unsere Abgeordneten sind rechenschaftspflichtig und werden Rede und Antwort stehen. In regelmäßigen Veranstaltungen in den Stadtteilen berichten unsere Abgeordneten über die Initiativen in der Bürgerschaft und bringen die Arbeit im Parlament mit der sozialen Bewegung zusammen.

Die SAV steht dafür, dass wer immer eine Funktion übernimmt, jederzeit wahl- und abwählbar ist. Die SAV ist eine demokratische Organisation ohne abgehobene Funktionäre oder Privilegien. Politische Vertreter/innen von uns erhalten nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

## Von der IGA Pleite ins Olympia Fiasko?

Immer wieder haben uns die Politiker den großen Aufschwung versprochen. Großprojekte wie die IGA oder Warnow-Tunnel sollten neue Arbeitsplätze schaffen. Schaut man sich die Bilanz an, so fällt diese kläglich aus. Zwar wurden Millionen verpulvert, doch wer hat davon profitiert? Die Arbeitslosigkeit wurde nicht gesenkt, dafür die Verschuldung weiter gesteigert. Mit Olympia wird jetzt die nächste Mammutveranstaltung präsentiert. Während die Gelder beim Breitensport zusammen gestrichen werden, sollen für Olympia die Millionen fließen. Nutznießer wird auch diesmal nicht die normale Bevölkerung sein.

## Seilschaften

Nicht nur bundesweit gibt es Affären und Korruption. Auch in unserer Stadt lohnt es sich, etwas genauer hinzuschauen. Und gerade im Wahlkampf – wenn alle etablierten Parteien von so etwas gar nichts hören wollen, fragen wir nach...

### ...wie ist das mit dem Herrn Lochotzke???

Niemand wusste, dass der Herr in seinem Neubau Am Strande eine Miete fürs städtische Olympiabüro in Höhe von 5000,- Euro wollte?

Niemand wusste, dass er ein riesiges Werbeplakat am Vögenteich aufgestellt hatte? Als andere Unternehmer es ihm gleich taten, war es plötzlich nicht erlaubt – und das Plakat von Lochotzke war, nachdem es 20 Monate in seelenruhe hing, auch verschwunden.

Niemand wusste von seiner Stastätigkeit???

Aber doch – Herr Pöker wusste es bestimmt, aber „die Stadt braucht Investoren, und ich werde mich hüten, in deren Vergangenheit rumzuwühlen.“ (Pöker gegenüber der OZ)

Und was passiert mit dem Strandläufer? Negative Überraschungen sind vorprogrammiert...

# Für kämpferische Gewerkschaften

Um die Politik des Sozialkahlchlags zu stoppen, brauchen wir starke Gewerkschaften. Mit Millionen Mitgliedern in den Betrieben haben sie die Möglichkeit durch Demonstrationen bis hin zu Streiks großen Druck auf Unternehmer und Regierungen auszuüben. In dieser Auseinandersetzung stehen wir an der Seite der Gewerkschaften.

Doch durch die Politik der heutigen Führungen der Gewerkschaften wird diese Stärke nicht genutzt. Die Spitzen(gehalts-)funktionäre sind hoffnungslos abgehoben und meilenweit von den einfachen Mitgliedern entfernt. Sie sind mit der SPD verbunden und unterstützen deren Politik. Durch faule Kompromisse bei Tariffrunden und Zustimmung bei Arbeitsplatzabbau werden Mitglieder enttäuscht. Dies führt zu Austritten und ermutigt die Arbeitgeber zu noch härterem Vorgehen.

Wir treten für einen politischen Kurswechsel der Gewerkschaften ein. Statt Verhandlungsrunden mit Politikern und Bossen muß der Kampf gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau aufgenommen werden.

Nur aktive und kämpferische Gewerkschaften sind im Stande, den Sozialabbau zu bekämpfen. Dies ist nur möglich, wenn von den Basismitgliedern Druck gemacht wird und die Gewerkschaften von unten erneuert werden. Die

SAV unterstützt Initiativen, die in diese Richtung gehen, wie das „**Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di**“ und die Gewerkschaftslinken. Wir setzen uns für politische und personelle Alternativen zur heutigen Führung der Gewerkschaften ein und lehnen dabei Privilegien konsequent ab.



**Torsten Sting, 31 J.**

Umschüler, ehemaliger Betriebsrat, IGM-Mitglied, gewerkschaftspolitischer Sprecher der SAV-Rostock Listenplatz 7

*„Ich unterstütze die Kandidatur, weil sie im Gegensatz zu den etablierten Parteien gegen den Abbau von Arbeitsplätzen eintritt. Dass die SAV auf der Seite von Beschäftigten und Gewerkschaften steht, habe ich selber erlebt. Als Betriebsrat und IG-Metaller wurde ich mit der Kündigung bedroht, die SAV stand dabei konsequent an meiner Seite.“*

Enrico Scheffel,  
Ex-Betriebsrat bei Nordex

# Neue Arbeiterpartei aufbauen

Gerade von Gewerkschaftern gibt es Initiativen eine neue Partei als Alternative zu SPD und PDS aufzubauen. Als SAV begrüßen wir diese Entwicklung. Über viele Jahre haben wir die Forderung einer neuen Arbeiterpartei aufgeworfen, weil die Arbeiterklasse heute über keine Partei

verfügt. Wir werden uns bundesweit und in Rostock aktiv am Aufbau einer neuen Partei beteiligen, welche die Interessen von Jugendlichen, Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner/innen vertritt. Wenn die heutigen Probleme gelöst werden sollen, müssen wir mit der kapitalistischen Profitlogik brechen. Deswegen setzen wir uns für ein sozialistisches Programm ein.

## Wir setzen uns ein für:

- **kämpferische und demokratische Gewerkschaften**
- **Kampf gegen Lohnverzicht**
- **einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Funktionäre**
- **den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm**

*„Dass die Liste SAV/Liste gegen Sozialkahlchlag zur Kommunalwahl antritt, finde ich richtig. Die SAV ist das ganze Jahr über aktiv auf der Straße. Egal ob es um Widerstand gegen den Irak-Krieg ging oder jetzt gegen den Sozialkahlchlag. Auf die ist verlass, deshalb wähle ich die Liste und unterstütze deren Wahl-Kampagne.“*

Claudia Schüller,  
Apotheken-Angestellte

# Eine andere Welt ist nötig!

## Kapitalistische Krise!



**René Henze, 40 J.**  
arbeitslos, Gründungsmitglied der SAV-Rostock  
Listenplatz 2

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut.

Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf.

Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort.

Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die

Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

## Widerstand

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei Attac, widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive Gewerkschafter/innen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

## Neue Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Be-

## Geld für den Widerstand gegen Sozialkahlschlag und Lohnraub

Politische Arbeit kostet Geld. Vom Druck von Flugblättern und Plakaten, über Raummieten, Telefonkosten bis hin zu Material für Transparente.

Die etablierten Parteien haben ihre Geldgeber. Die SAV finanziert sich ausschließlich durch Spenden von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und unseren Mitgliedern.

**Wir fordern euch daher auf, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen.**

Konto: SAV;

Kontonummer: 23 000 32 06; OstseeSparKasse Rostock; BLZ: 130 50 000



# Eine andere Welt ist möglich!

weis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, statt dessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von Arbeiter/innen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von Arbeiter/innen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

## Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss ma-

chen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

## SAV und CWI

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen bedarf es einer revolutionären, sozialistische Massenpartei.

Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV. Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keine gewählte Vertreterin, kein gewählter Vertreter (Vorstandsmitglied, Abgeordnete) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit.

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

## Impressum

Das Wahlprogramm der **SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag** wird herausgegeben von der Wählergruppe **SAV/Liste gegen Sozialkahltschlag**

c/o SAV-Rostock; Dierkower Damm 38d, 18146 Rostock, rostock@sav-online.de, Tel: 0381 – 499 65 90

Druck: im Eigendruck April 2004

# Unterstützt die Wahlkampagne der



# SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag

## Aktionen

- **1. Mai: Demo,**  
10 Uhr ab Werftdreieck
- **8. Mai: Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus**  
10 Uhr Gedenken an die gefallenen Sowjetsoldaten // Puschkin-Platz
- **22. Mai: Aktion gegen Sozialkahlschlag und Lohnraub**  
auf dem Uniplatz, ab 10 Uhr
- **28.-30. Mai: SozialismusTage in Berlin**
- **5. Juni: Aktion gegen Sozialkahlschlag und Lohnraub**  
ab 10 Uhr auf dem Uniplatz

...wöchentlich finden außerdem Infostände & Verteilaktionen statt.

**Termine/Infos** erhaltet ihr im SAV-Büro.

**SAV** *Sozialistische Alternative*

Stadtverband Rostock  
Dierkower Damm 38d,  
18146 Rostock

☎ 0381 / 499 65 90

eMail: rostock@sav-online.de

**www.sozialismus.info**

## Veranstaltungskalender

**22.4.:** Kommunalpolitik im Interesse der Beschäftigten und der Bevölkerung!  
Liverpool 1984-87. Eine Stadt kämpft.

**29.4.:** Kampf gegen Korruption und Ausbeutung am Beispiel der portugiesischen Revolution im April 1974.

**6.5.:** Gegen den Einheitsbrei der Etablierten – für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei!

**13.5.: 10 JAHRE SAV in Rostock!!!**

**27.5.:** Soziale Bewegungen, Arbeiterpartei, revolutionäre Partei – welche Organisationsform ist nötig um die Welt zu verändern?

**3.6.:** Der Kapitalismus muss weg! Aber ist der Mensch zu schlecht für Sozialismus?

**10.6.:** Wählen allein reicht nicht!  
Aktiv werden! Mach mit bei der SAV!

**Treffen: donnerstags, 19 Uhr**  
**Club der Volkssolidarität**  
**Lagerstr. 18, 18055 Rostock**  
**InfoTel: 0381 / 499 65 90**

## 13.6. Veranstaltung & Wahlparty

**„Wut und Widerstand in die Bürgerschaft!“**

**ab 16 Uhr im Kulturtreff**

**„Pumpe“, Ziolkowskistr. 12**  
(Südstadt, Straßenbahnhaltest. E.-Schlesinger-Str.)